

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.715.910

Wien, am 4. Dezember 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 4. Oktober 2023 unter der Nr. **16406/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Gesetzeswidrige Sachspende an Regierungsfraktionen?“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

1. *Welche Leistungen, wie insbesondere das Verfassen von Gesetzesanträgen und/oder die legistische Beratung zu Gesetzesanträgen, wurden an welche Parlamentsklubs und/oder deren Angehörige in der XXVII. GP von Seiten Ihres Ministeriums erbracht?*
 - a. *Erfolgte die Erbringung solcher Leistungen entgeltlich oder unentgeltlich?*
 - i. *Sofern entgeltlich, wie werden die in Frage 1 beschriebenen Leistungen abgegolten?*
 1. *In welcher Höhe wurden jene in dieser Legislaturperiode abgegolten?*
 - b. *Welche Leistungen davon gingen an welchen Club bzw. welche Angehörige jeweils?*
 - c. *An welchen Initiativanträgen von Abgeordneten der Regierungsparteien waren Bedienstete Ihres Hauses beteiligt?*

- d. Von Bediensteten welcher Abteilung Ihres Hauses werden jene erbracht?
2. Ist die im Begründungstext der Anfrage dargelegte Verwaltungspraxis, also das Verfassen von Gesetzesanträgen für Regierungsklubs, in ihrem Haus üblich?
- Falls ja, an welche Voraussetzungen wird diese "Unterstützung" jeweils geknüpft?
 - Falls ja, wie wird sichergestellt, dass § 5a KlubFG nicht verletzt wird?
 - Falls ja, bieten Sie diese "Unterstützung" auch den Klubs der Oppositionsparteien bzw. deren Angehörigen an?
 - Falls nein, warum nicht?
 - Wie ist das genaue Vorgehen in Ihrem Ressort, wenn dessen Expertise für die Vorbereitung von Verfassungsgesetzen bzw. -bestimmungen in Anspruch genommen wird?
3. Haben Sie in diesem Zusammenhang seit der Einführung des § 5a KlubFG Ihre Bediensteten angewiesen, keine selektiven Leistungen iSd Frage 1 zu erbringen?
- Falls ja, inwiefern und mit welchem Inhalt?
 - Falls nein, warum nicht?
 - Wie können Sie in diesem Zusammenhang sicherstellen, dass Bedienstete des Ministeriums keine strafrechtlich relevanten Handlungen, insbesondere jene der Untreue gem. § 153 StGB oder des Amtsmisbrauchs gem. 302 StGB, gesetzt haben?
4. Laut der Beantwortung des BMAW an den Journalisten sei es üblich und notwendig, dass die zuständigen Fachressorts in Gesetzesanträge miteinbezogen werden, die "voraussichtlich eine parlamentarische Mehrheit erreichen" (<https://twitter.com/MaxlWerner/status/1697522924998017451/photo/1>). Welche Annahmen trifft Ihr Haus im Hinblick auf die voraussichtlich zu erreichende parlamentarische Mehrheit?
- Mit welchen Klubs wird diesbezüglich kommuniziert?
 - Wie wird dabei sichergestellt, dass das in Art. 56 Abs. 1 B-VG festgelegte freie Mandat nicht konterkariert wird?
 - Stellt die voraussichtliche Erreichung der parlamentarischen Mehrheit Ihrer Ansicht einen Ausnahmegrund iSd § 5a Abs. 3 KlubFG dar?
5. Gibt es das Vorhaben Ihrerseits zukünftig wieder vermehrt das Instrument der Regierungsvorlage für Gesetzesvorschläge zu verwenden, wenn die Legistik maßgeblich von Bediensteten Ihres Hauses stammt?

Alle Bediensteten meines Ministeriums erbringen ihre Dienstleistung entsprechend der allgemeinen Dienstpflichten jeweils ausschließlich im Auftrag des oder der Vorgesetzten für

das Bundesministerium. Es gibt keine Vertragsverhältnisse zwischen Bediensteten und Parlamentsklubs.

Im Frühjahr 2023 wurde außerdem eine Compliance-Pflichtpräsenzschulung für alle Bediensteten durchgeführt, in der unter anderem auch die Dienstpflichten und relevante Straftatbestände gegenständlich waren.

Karl Nehammer